

3.54 Ausbildung für alle

Beschluss des BDKJ-Hauptausschusses vom 06. – 07. Juni 2008

Was wir sehen:

Im September 2007 standen für 734.276 Ausbildungsplatz suchende junge Menschen 423.042 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, davon im Osten ganze 67.150. Hinzu kamen 300.000 so genannte „Altbewerber“, die seit mindestens einem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen.

Wer angesichts dieser Zahlen von einem erfolgreichen Ausbildungspakt spricht, verkennt die reale Situation hunderttausender junger Menschen.

Während das Bundesverfassungsgericht bereits 1980 urteilte, dass ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Angeboten bei den Arbeitgebern liegt, bilden derzeit nur 21 % aller Betriebe aus. Die meisten Ausbildungsplätze, die 2007 zusätzlich angeboten wurden, waren hingegen staatlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungen. Außerbetriebliche Ausbildungsplätze lindern jedoch die Not eher kurzfristig und bieten weniger Perspektiven als eine betriebliche Ausbildung.

Gegenwärtig verfügen bereits ca. 1,5 Millionen Menschen unter 25 Jahren in der Bundesrepublik über keinen Ausbildungsabschluss.

Wie wir urteilen:

Aus unserem christlichen Grundverständnis heraus glauben wir, dass jeder junge Mensch „mehr Wert ist als alles Gold dieser Erde“ (Joseph Kardinal Cardijn), Gründer der CAJ) und leiten daraus das Recht jedes jungen Menschen auf gesellschaftliche Teilhabe ab. Ohne berufliche Ausbildung aber werden die Chancen junger Menschen auf ein „Leben in Fülle“ und Würde drastisch reduziert. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz werden zu Bittsteller/innen, die bereits sehr früh Erfahrungen von Ausgrenzung und Minderwertigkeit machen müssen. Soziale Ausgrenzung zieht auf der individuellen Ebene psychosoziale Folgen nach sich und gefährdet auf der gesellschaftlichen Ebene den sozialen Frieden.

Wie wir handeln

Die BDKJ Hauptversammlung fordert Wirtschaft und Politik eindringlich auf, vor der angespannten Ausbildungsplatzsituation nicht die Augen zu verschließen, sondern alle zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um zukünftig jedem und jeder Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe durch Berufsausbildung zu ermöglichen. Dazu fordern wird, dass jedem jungen Menschen nach erfolgtem Schulabschluss ein

Angebot für eine qualifizierte Berufsausbildung zu unterbreiten ist. Dementsprechend muss die Arbeitsmarktpolitik für jüngere Menschen früher ansetzen und das Übergangsmanagement verbessert werden. Ohne betriebliche Ausbildung ist die Gefahr, den Einstieg in das Berufsleben auf Jahre zu verpassen, besonders groß.

Die BDKJ Hauptversammlung unterstützt die Initiative „Ausbildung für alle!“ mit der die Landesschüler/innenvertretungen aus Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen ein Grundrecht auf Ausbildung und einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben fordern.

Der BDKJ Bundesvorstand wird aufgefordert, bei Gesprächen mit Abgeordneten des Bundestags und Vertreter/innen der Kirche auf die angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt hinzuweisen und von der Bundesregierung die Einhaltung ihrer Ankündigungen in der Qualifizierungsinitiative ein zu fordern, damit das im Koalitionsvertrag beschriebene Ziel, dass „am Ende der Legislaturperiode kein Jugendlicher mehr ohne Perspektive ist“ nicht nur ein schöner Wunsch bleibt.

Die BDKJ-Mitglieds- und Diözesanverbände sind aufgefordert zu prüfen, an welchen Stellen sie direkt oder indirekt dazu beitragen können, die Ausbildungsplatzsituation zu verbessern (Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze, Unterstützung entsprechender Initiativen, Lobbyarbeit etc.) bzw. Formen der lokalen Unterstützung der Initiative „Ausbildung für alle“ zu entwickeln.

